



Romane Aglonipe e.V.
- Roma in Niedersachsen -
c/o Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, D 30161 Hannover

DOKUMENTATION

Delegation des Niedersächsischen Landtags reiste vom 22.-26. April 2012 in den Kosovo

Ergebnisse der Delegationsreise: Pressemitteilung – Die Grünen-Landtagsfraktion

aus: http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/presse/dok/409/409421.gruene_fuer_generellen_abschiebestopp_in.html

FRAKTION.GRÜNE.NIEDERSACHSEN.DE

Pressemitteilung

27. April 2012

GRÜNE für generellen Abschiebestopp in das Kosovo

Bericht über Eindrücke, Gespräche und die Situation der Roma

Nach der Reise des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtages (22. bis 26. April) in die Republik Kosovo haben die Landtagsgrünen ihre Forderung an die Landesregierung erneuert, die Abschiebung von Minderheiten in diese Region generell aussetzen muss.

"Unsere Gespräche mit Roma-Familien und Nichtregierungsorganisationen haben gezeigt wie erbärmlich die Bedingungen für diejenigen sind, die als Angehörige einer Minderheit in den Kosovo abgeschoben werden", sagte die Flüchtlingspolitische Sprecherin **Filiz Polat** am Freitag (heute) in Hannover. Besonders die Kinder würden unter der Zwangsabschiebung leiden.

Die Grünen-Politikerin richtete an die DelegationsteilnehmerInnen der anderen Fraktionen die Forderung, "die vielen Erkenntnisse der Reise zum Anlass zu nehmen, um sich für eine humanitäres Bleiberecht zugunsten der in den Kosovo ausreisepflichtigen Menschen einzusetzen!"

Einen Bericht über Eindrücke, Gespräche und die Situation der Roma im Kosovo finden Sie als Anhang unter dieser Pressemitteilung.

ANHANG:

Grüne für generellen Abschiebestopp in das Kosovo

Filiz Polat: Delegationsreise offenbart erbärmliche Perspektiven für abgeschobene Minderheiten

Nach der Delegationsreise des Innenausschusses (22.04. bis 26.04.2012) zur Situation von abgeschobenen Roma, Ashkali und ÄgypterInnen in das Kosovo erklärt Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin der Niedersächsischen Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Die Reise in die Republik Kosovo hat deutlich gezeigt, wie fatal die Folgen der Abschiebung insbesondere für Familien aus den Minderheiten sind. Es sind die Kinder, die unter der zwangsweisen Rückkehr am stärksten leiden. Die Roma-Familien leben meist unter

unvorstellbaren Lebensbedingungen. Bei einer Arbeitslosigkeit von 99 Prozent in dieser Gruppe ist eine Reintegration ausgeschlossen. Diese Minderheit wird nach wie vor im Konflikt zwischen Serben und Kosovo-Albanern aufgerieben und ist nicht nur strukturellem, sondern auch offenem Rassismus ausgesetzt. Eine Vertreterin von UNICEF berichtete im Gespräch davon, dass Kinder aus Minderheiten sowohl von Sprachbarrieren, als auch von Mobbing, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung in der Schule erzählen. Auch die von uns besuchte Familie Meta aus dem Landkreis Cuxhaven berichtete von einem Übergriff auf den jüngsten Sohn. Die jüngeren Mädchen fürchten sich, alleine auf die Straße zu gehen und sprachen von der Angst vergewaltigt zu werden. Der Appell der Familie an die Delegation war eindeutig „Wir wollen nach Hause!“. Von Seiten des Vertreters des Innenministeriums gab es jedoch sofort eine Absage an jede Möglichkeit zur Rückkehr.

Die seit 2010 laufende „Reintegrationsstrategie“ für abgeschobene Angehörige des kosovarischen Staates, aber auch Programme der Niedersächsischen Landesregierung wie URA II (URA bedeutet auf Albanisch „Brücke“), sind auf Grund dieser Rahmenbedingungen keine Hilfe oder lediglich nicht viel mehr als die im Namen angelegte „Überbrückungshilfe“. Die Vertreter aller Organisationen, wie z.B. UNICEF, UNHCR und OSZE betonten, dass die Regierung völlig überfordert sei, die Rückgeführten zu integrieren. Die Fakten und auch die Gespräche mit den Betroffenen vor Ort bestätigten dies. So appellierten die Vertreter der Stadtverwaltung aus Fushë Kosovë an uns, „**keine Menschen mehr abzuschieben!**“.

Die Republik Kosovo schloss mit verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU nach ihrer Anerkennung 2008 Rückübernahmeabkommen, um dem Ziel der Visa-Liberalisierung einen Schritt näher zu kommen. Deshalb so betonten viele NGOs, sei der von den Regierungsvertretern immer wieder – auch uns gegenüber - betonte politische Wille, die rückgeführten Menschen zu integrieren, ein Lippenbekenntnis zum Zwecke der Europäischen Integration..

Auch der Besuch der Psychiatrischen Klinik und das Gespräch mit der Leiterin des Rehabilitationszentrums für Folteropfer zeigten uns, wie traumatisiert die Bevölkerung ist. Etwa 17 – 30 Prozent der Bevölkerung (289.000 – 510.000) leiden demnach an PTBS (Posttraumatischer Belastungsstörung). Medica Kosova, eine Beratungsstelle für Frauen, sprach von geschätzten 20.000 vergewaltigten Frauen. Eine psychologische und psychiatrische Versorgung ist kaum vorhanden. Die psychiatrische Klinik ist die einzige staatliche Klinik mit 88 Betten. Eine Behandlung von PTBS finde nur ambulant statt. Bei der psychiatrischen Gesundheitsversorgung von Kindern ist die Lage noch dramatischer. Laut der UNICEF Studie „Stilles Leiden“ vom März 2012 gibt es im gesamten Kosovo nur einen Kinderpsychologen bei nahezu 600.000 unter 18-Jährigen (siehe Bericht UNICEF 2012 „Stilles Leiden“, S. 39).

Es ist für mich nach dieser erneuten Reise in den Kosovo klar, Niedersachsen muss die Abschiebungen von Minderheiten in das Kosovo generell aussetzen. Die Landesregierung ist zudem der Förderung und Achtung von Kinderrechten verpflichtet. Da bei allen Entscheidungen über Abschiebungen das Kindeswohl im Mittelpunkt zu stehen hat, ist es nicht verantwortbar, in Niedersachsen sozialisierte und teilweise in Deutschland geborene Kinder abzuschieben. Ich hoffe, dass die anderen Fraktionen die vielen Erkenntnisse der Reise zum Anlass nehmen, um hier zu einer menschenwürdigen Lösung für alle in den Kosovo ausreisepflichtigen Menschen zu kommen. Diese kann nur darin bestehen, den betroffenen Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren.“